

PR-INFO	IX 2026	Personalrat der allgemeinbildenden Schulen - Reinickendorf Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie	BERLIN	
----------------	--------------------	---	---------------	---

Extremismus und Schule

Wachsam sein und Haltung zeigen

Innungsstr. 40
13509 Berlin
Zimmer: 218, 2. Etage
Tel. (030) 90249-1921

September 2026



Liebe Kolleg:innen,

Politik und Schule ist nur schwer trennbar und das politische Klima ist in den letzten Jahren rauer geworden. Einige Parteien versuchen Einfluss auf Bildungsinhalte zu nehmen und möchten die Anpassung bis hin zur Streichung von Unterrichtsinhalten erreichen. Dazu gehören auch Parteien, die der Verfassungsschutz als **gesichert rechtsextrem** einstuft oder als **rechtsextremen Verdachtsfall** führt.

Wie soll, darf und kann Schule mit verfassungsfeindlichen Parteien umgehen?

Nicht-demokratische Parteien behaupten regelmäßig, dass sie im Rahmen des **Neutralitätsgebotes** genauso wie alle anderen Parteien behandelt werden müssten. Das ist falsch! Schulen haben nicht die Aufgabe, neutral im Sinne politischer Beliebigkeit zu sein. Ganz im Gegenteil!

Nach §1 Schulgesetz hat die Schule einen klaren Bildungsauftrag: Sie soll junge Menschen zu demokratischem Denken und Handeln befähigen. Ziel ist die Entwicklung von Persönlichkeiten, die dem Nationalsozialismus und jeder Form von Gewaltherrschaft entschlossen entgegentreten. Positionen, die die Menschenwürde und Gleichberechtigung angreifen oder den Nationalsozialismus relativieren, stehen dazu im Widerspruch.

Der **Beutelsbacher Konsens** verpflichtet Schulen **nicht** zur Neutralität gegenüber verfassungsfeindlichen Positionen. Im Gegenteil: Schulen sind keine neutralen Räume gegenüber Demokratie- und Menschenfeindlichkeit. Sie haben vielmehr den Auftrag, junge Menschen gegen Hass, Ausgrenzung und antidemokratische Tendenzen zu stärken. Rechtliche Orientierung und Handlungsempfehlungen für Lehrkräfte und pädagogisches Personal finden Sie in der Handreichung: „Mythos Neutralität – Demokratie stärken und Haltung zeigen im Schulalltag“ unter <https://schule-zeigt-haltung.org/>.

Handlungsempfehlungen

- **Thematisieren statt tabuisieren:** Greifen Sie kritische Aussagen nicht-demokratischer Parteien nicht nur im Politikunterricht auf - mit Quellen und dem Abgleich zum Grundgesetz.
- **Klare Haltung zeigen:** Bei rassistischen oder demokratiefeindlichen Äußerungen im Schulalltag gilt: Widersprechen, einordnen, dokumentieren. Wegsehen ist keine Option.
- **Schutzräume sichern:** Für betroffene Schüler:innen und Kolleg:innen muss klar sein: Unsere Schule duldet keine Ausgrenzung.
- **Fortbildungen besuchen:** Zum Beispiel bieten die Landeszentrale für politische Bildung, das Anne Frank Zentrum und die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Fortbildungen zum Umgang mit Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und Rassismus an.
- **Schulische Gremienarbeit im Blick behalten:** Achten Sie darauf, dass Gesamtkonferenzen, Gesamtelternvertretung und Schulkonferenzen nicht für parteipolitische Agenden instrumentalisiert werden.

Mit kollegialen Grüßen
Ihr Personalrat

PR-Info angelehnt an PR Info aus
Charlottenburg-Wilmersdorf:

